

Datenschutzrecht

v. Lewinski / Rüpke / Eckhardt

3. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82405-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Studium und Praxis

v. Lewinski/Rüpke/Eckhardt
Datenschutzrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Datenschutzrecht

Grundlagen und europarechtliche
Neugestaltung

von

Dr. Kai v. Lewinski

Professor an der Universität Passau

Dr. Giselher Rüpke MCL

Privatdozent an der Goethe-Universität, Frankfurt a. M.

Dr. Jens Eckhardt

Rechtsanwalt in Düsseldorf

3. Auflage, 2025



C.H.BECK

Zitiervorschlag: v. Lewinski/Rüpke/Eckhardt DatenschutzR § 1 Rn. 1

**beck-shop.de**
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82405 0
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82406 7

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Datenschutzrecht ist seit 2018 nun europäisch. Es ist aber mehr als nur die DS-GVO. Für sein Verständnis und die Anwendung muss auch auf seine Grundlagen, sein Herkommen und seine primär- und verfassungsrechtliche Verortung geschaut werden. Dieser seit der 1. Auflage bewährte grundlagenbezogene Ansatz wurde beibehalten. Insgesamt ist die vorliegende aktualisierte Neuauflage auf dem Stand von Herbst 2024, insbesondere einschließlich der EU-Digital- und -Datenrechtsakte. Unter möglicher Beibehaltung der Kapitel- und Randnummern haben wir den Fokus noch stärker hin zum europäischen Primärrecht verschoben. Auch sind die Verarbeitungsgrundsätze (→ § 12 Rn. 1 ff.) und Erlaubnistatbestände (→ § 13 Rn. 1 ff. u. → § 14 Rn. 1 ff.) inhaltlich und gliederungsmäßig stärker herausgehoben. Neu hinzugekommen ist ein Kapitel zum Daten- und Privatheitsschutz auf der Ebene des Völkerrechts (→ § 5 Rn. 1 ff.).

Diese Auflage ist größtenteils in Passau besorgt worden. Hierfür danken die Autoren herzlich Herrn Marvin Gülker für die Betreuung der Überarbeitung und kritische Ergänzungen und Anregungen an vielen Stellen sowie Herrn Peer Sonnenberg für einen Entwurf des neuen § 5 zum völkerrechtlichen Datenschutz. Die neue Auflage wäre ohne die Unterstützung durch die Hilfskräfte des Lehrstuhls und von der Forschungsstelle für das Recht der Digitalisierung (FREDI) nicht möglich gewesen; hier geht unser Dank (in alphabetischer Reihenfolge) an Rüveyda-Fatıma Atasoy, Matthias Biller, Paul Deisenrieder, Korbinian Deutinger, Franziska Fahl, Marius Homp, Quentin Klink, Julia Lebmann, Livia Leidholdt, Eden Misdziol, Clemens Spirkel und Clara Ziegltrum.

Passau/Frankfurt a. M./Düsseldorf
im Februar 2025

*Kai von Lewinski
Giselher Rüpke
Jens Eckhardt*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXVII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII

Seite

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Einführung. Außerrechtlicher Hintergrund	1
§ 2. Rechtsgeschichte des Datenschutzes	16

2. Teil. Rechtlicher Rahmen

1. Abschnitt. Deutsches Verfassungsrecht

§ 3. Grundrechtlicher Datenschutz bis zur Volkszählungsentscheidung	39
§ 4. Weitere datenschutzrechtliche Grundrechtsgewährleistungen	58

2. Abschnitt. Völkerrecht

§ 5. Völkerrechtliche Grundlagen	95
--	----

3. Abschnitt. Europäisches Verfassungsrecht

§ 6. Europäische Menschenrechtskonvention	110
§ 7. EU-Primärrecht	117

3. Teil. Datenschutzrecht nach DS-GVO

1. Abschnitt. Geltungsbereich der DS-GVO

§ 8. Sachlicher Geltungsbereich	131
§ 9. Räumlicher Anwendungsbereich. Datenschutzkollisionsrecht	148

2. Abschnitt. Rechtlich vorgegebene Grundstruktur für die Verarbeitung personenbezogener Informationen

§ 10. Betroffene. Personenbezogene Informationen	157
§ 11. Verantwortliche und andere mitwirkende Stellen	173
§ 12. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung	183
§ 13. Einwilligung und andere Willensäußerungen	201
§ 14. Datenklassen	235
§ 15. Informationspflichten und Betroffenenrechte	242

3. Abschnitt. Steuerung riskanter Verfahren

§ 16. Automatisierte Einzelentscheidung, KI-Systeme	259
§ 17. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten, Datenschutz-Folgenabschätzung, Vorherige Konsultation	285
§ 18. Telekommunikation und Digitale Dienste	304

4. Abschnitt. Datensicherheit. Technischer/organisatorischer Datenschutz

§ 19. Sicherheit der Verarbeitung	331
§ 20. Datenschutz durch Technikgestaltung und Voreinstellung	346

5. Abschnitt. Datenschutzkontrolle

§ 21. Interne (Selbst-)Kontrolle. Insbes. Datenschutzbeauftragte	352
§ 22. Fremdkontrolle	378

6. Abschnitt. Haftung, Sanktionen

§ 23. Haftung	407
§ 24. Sanktionen bei Datenschutzverstößen	426

Sachverzeichnis	443
-----------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXVII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII

Seite

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Einführung. Außerrechtlicher Hintergrund	1
I. Einführung	2
1. Kommunikationstechnische Entwicklungsstufen	2
2. Dualismus von deutschem und eduropäischem Recht	2
3. Gefährdungen und Schutz im und für das Informationszeitalter	3
II. Der Kontext des Datenschutzrechts	4
1. Soziologie	4
a) Naturwissenschaftlicher Ausgangspunkt: Unterscheidung von Daten und Information	4
b) Soziologische Schlussfolgerungen	6
aa) Information und Kommunikation bei Luhmann	6
bb) Informationsgesellschaft als Gesellschaft der Muster nach Nassehi	8
c) Rezeption in der Rechtswissenschaft	9
aa) Kritischer Ansatz bei Albers	9
bb) Information im Verwaltungsverfahren und nach IFG	10
2. Sprachwissenschaft	10
3. Informationstechnik	11
4. Datenökonomie	12
5. Psychologische Aspekte	14
§ 2. Rechtsgeschichte des Datenschutzes	16
I. Vormoderne	17
1. Antike	17
a) Frühe Hochkulturen	18
b) Altes Testament	18
c) Griechenland	18
d) Rom	18
2. Mittelalter	19
II. Frühe Neuzeit	19
1. Bürokratisierung	19

2. Faktische Grenzen	20
3. Entdeckung des Persönlichkeitsrechts	20
III. Frühes technisches und bürokratisches Zeitalter (1800–1945)	20
1. Fortschreiten der Bürokratisierung	20
2. Berufsrechtliche Verschwiegenheitspflichten	21
3. Beginn privater Datenmacht	21
4. Anfänge der Telekommunikation	22
IV. Nationalsozialistische Zeit	22
V. Nachkriegszeit	23
1. Verwaltung und Sicherheitsbehörden	23
2. Vergrößerung privater Datenmacht	24
3. Entwicklung des Persönlichkeitsrechts in der Rechtsprechung	24
Exkurs: Datenschutz in der DDR	25
a) Ausschließlich staatliche Datenmacht	25
b) Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Regelungen ..	26
c) Begriff und Bedeutung des „Datenschutzes“ in der DDR ..	26
VI. Erste Datenschutzgesetze und Volkszählungsurteil	27
1. Vorfeld	27
a) Staat als „Großer Bruder“	27
b) Nichtöffentlicher Bereich	28
c) Begriff des „Datenschutzrechts“	28
2. Erste Datenschutzgesetze	29
a) Hessisches Datenschutzgesetz von 1970	30
b) Bundesdatenschutzgesetz	30
3. Volkszählungsurteil	31
4. BDSG 1990 und verfassungsgerichtliche Konturierung	32
5. BDSG-Reformen I, II, III im Jahre 2009	32
VII. Datenschutz und Vernetzung	32
1. Telekommunikationsdatenschutz	32
2. Internet	33
VIII. Europäisierung des Datenschutzrechts	34
1. Europarechtliche Regelungen	35
2. Europäische Rechtsprechung	35
3. Weiterentwicklung des europäischen Rechtsrahmens für den Datenschutz	36
4. Das BDSG 2018	37
5. Corona-Pandemie	38
IX. Europäische Digitalisierungsrechtsakte	38

2. Teil. Rechtlicher Rahmen

1. Abschnitt. Deutsches Verfassungsrecht

§ 3. Grundrechtlicher Datenschutz bis zur Volkszählungsentscheidung	39
I. Ausgangslage	39
II. Die Entwicklung bis zum Volkszählungsurteil	39
III. Verfassungsgerichtlicher Schlusspunkt: Volkszählungsurteil und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	42
IV. Alternatives Verständnis: Sozialcharakter der – personenbezogenen – Information	45

1. Kritische Würdigung der Rechtsprechung des BVerfG	45
2. Konzeptionelle Kritik und Alternativen	46
a) Personenbezug und Gesellschaft	46
b) Kritik am gewählten soziologischen Modell	47
c) Konturlosigkeit und Normenflut	48
d) Kritik am Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	48
e) Vollzugsdefizit	49
f) Zu hoher Individualbezug	49
3. Eingrenzung informationellen Persönlichkeitsschutzes	50
a) Geheimnisse	50
b) Probleme informationeller Zuordnung	50
c) Folgerung	50
4. Privatheit (nebst Intimität) insbesondere	51
V. Grundrechtliche Bedeutung des Persönlichkeitsschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im nichtöffentli- chen Bereich (Drittwirkung)	53
1. Persönlichkeitsrecht	53
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung insbeson- dere	54
3. Systematische Folgerungen	55
4. Weiterreichende verfassungsrechtliche Fragen	56
§ 4. Weitere datenschutzrechtliche Grundrechtsgewährleistungen	58
I. Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und In- tegrität informationstechnischer Systeme	59
1. Schutzbereich	59
2. Eingriffe/Schranken	60
3. Parallelen zu anderen Gewährleistungen des Persönlichkeits- bereichs	61
4. Erweiterte Bedeutung des GRaGVliS	61
5. Abgrenzung zum Recht auf informationelle Selbstbestim- mung	62
a) Begründung des BVerfG und Kritik	62
b) Wesentliche Unterscheidung	63
c) Perspektivenwechsel	63
II. Schutz des (unantastbaren) Kernbereichs privater Lebensgestal- tung	65
1. Entwicklung	65
2. Neu ausgeprägter Kernbereich	66
3. „Unantastbarkeit“	68
a) Problemstellung	68
b) Herkömmliche Regeln	68
c) Unantastbarkeit im Grundgesetz	69
aa) Grundlagen	69
bb) Leitlinien in der Rechtsprechung des BVerfG zu Art. 1 Abs. 1 GG	70
cc) Einschränkungen der Menschenwürde systematisch be- trachtet	71
d) Praktische Ergebnisse für den Kernbereich privater Lebensgestaltung	72

4. Zweistufiges Kontrollverfahren insbesondere	73
a) Erste Stufe: Abgrenzung im Echtzeit-(Live)Verfahren	73
b) Zweite Stufe: Einschaltung eines Unabhängigen	74
III. Automatisierter Datenabgleich, auch „Rasterfahndung“	75
1. Bedeutung für die Praxis und für das grundrechtliche Ver-	
ständnis	75
2. (Kein) Grundrechtseingriff bei Nichttreffern?	77
3. Kritische Prüfung der (Nicht-)Eingriffsthese	78
a) Breit angelegte Überwachung?	78
b) Involvierte Daten und/oder personenbezogene Informatio-	
nen?	79
c) Eingriffsauslösende Qualität des Betroffenseins	79
d) Eingeschlossene Übermittlungsvorgänge	80
e) Hohe Einschreitschwelle?	81
4. Ausblick	82
IV. „Vorratsdatenspeicherung“	83
1. Entwicklung bis hin zu einer Entscheidung des BVerfG	83
2. Die weitere Entwicklung – geprägt durch Urteile des EuGH ..	84
3. Anzuwendender Grundrechtsschutz	87
4. Bisherige staatlich verordnete anlasslose Speicherungen	88
5. Das Metadaten-Register: Speicherung/Nutzung, Datensiche-	
rung	90
6. Neue gesetzliche Regelung/verbleibende Bedenken	91
V. Recht auf Vergessen(werden)?	92

2. Abschnitt. Völkerrecht

§ 5. Völkerrechtliche Grundlagen	95
I. (Kein) Allgemeines Datenschutzvölkergewohnheitsrecht	95
II. Privatheitsschutz in den Universellen Menschenrechten	95
1. Schutzbereich	96
a) Universalismus der Menschenrechte	96
b) Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 AEMR; Präambel und	
Art. 10 Abs. 11 IPbPR)	97
c) Ehrschutz (Art. 12 AEMR; Art. 17 Abs. 1 IPbPR)	97
d) Sphärenschutz	98
aa) Schutz des räumlichen Privatbereichs	98
bb) Schutz der Familie	98
cc) Logische Sphäre	99
e) Kommunikative Schutzaspekte	99
f) Schutz der Privatheit (Art. 12 AEMR; Art. 17 Abs. 1 IPbPR)	100
g) Nicht: „Datenschutz“	101
2. Schranken	101
3. Objektivrechtliche Gehalte	102
III. Datenschutz in Völkerrechtsdokumenten	102
1. OECD Guidelines on the Protection of Privacy and Transbor-	
der Flows of Personal Data (1980 u. 2013)	102
2. UN Data Protection Guidelines (1990)	103
3. UN Resolution 68/167 „The right to privacy in the digital	
age“ (2013)	104

IV. Kontrolle und Durchsetzung von Datenschutz auf globaler Ebene	104
1. Völkerrechtliche Spruchkörper	105
2. Beobachtung	105
3. Koordination und Vernetzung	106
a) Global Privacy Assembly (GPA)	106
b) Global Privacy Enforcement Network (GPEN)	107
V. Grenzen datenschutzrechtlicher Regelungen durch das Völkerrecht	107

3. Abschnitt. Europäisches Verfassungsrecht

§ 6. Europäische Menschenrechtskonvention	110
I. Ausgangspunkt: Privatleben iwS	110
II. Beruf. Wirtschaft	111
III. Besondere Arten personenbezogener Informationen	112
IV. Öffentlichkeit	113
V. Persönlichkeitsschutz	115
§ 7. EU-Primärrecht	117
I. Rechtlicher Rahmen	117
1. Rechtsetzungskompetenz der EU	117
2. Grundrechtlicher Gewährleistungsbereich in der EU und Auswirkung auf die Anwendbarkeit der Grundrechte der Mitgliedstaaten	118
II. Der vor Inkrafttreten der GRCh gewährleistete Schutz	119
1. Persönlichkeitsschutz und Transparenz bei der öffentlichen Hand	119
a) Namen(sliste) von Lobbyisten	119
b) Parlamentarische Aktivitäten	121
2. Persönlichkeitsschutz und Transparenz individueller wirtschaftlicher Verhältnisse	121
a) Überblick zu Einkünften	121
b) Steuergeheimnis in Deutschland	122
c) Einkünfte, Vermögen, Steuern: Transparenz in Europa	123
III. Von der GRCh gewährleisteter Schutz	125
1. Systematik	125
2. Rechtsprechung des EuGH	127
3. Zur weiteren Interpretation des Art. 8 GRCh	128
a) Entstehung der Charta-Bestimmung	128
b) Verfassung(süberlieferung)en der Mitgliedstaaten	129

3. Teil. Datenschutzrecht nach DS-GVO

1. Abschnitt. Geltungsbereich der DS-GVO

§ 8. Sachlicher Geltungsbereich	131
I. Rechtssystematische Eingrenzungen	131
1. Grundregeln	131
2. Abgrenzung zum Geltungsbereich der JI-RL und deren Umsetzung im BDSG	132
3. „Öffentlicher Bereich“	133

a) Unterscheidung zwischen öffentlichem und nichtöffentlichem Bereich	133
b) Deutsche Ausgestaltung im öffentlichen Bereich	134
c) Innerstaatliche Gesetzgebungskompetenzen	135
aa) Öffentlicher Bereich	135
bb) Nichtöffentlicher Bereich	136
4. Gerichte	137
II. Eingrenzungen von der Sache her	137
1. Technik der Informationsverarbeitung	137
a) Automatisierte Verarbeitung	137
b) Nichtautomatisierte Verarbeitung im „Dateisystem“	138
aa) Begriffliches	138
bb) Zielsetzung	138
cc) Nicht: Akten	139
2. Persönliche oder familiäre Tätigkeiten	140
III. Besonders geregelte Bereiche	141
1. Unionsrecht	141
2. Mitgliedstaatliches Recht	142
a) Nichtöffentlicher Bereich	142
b) Öffentlicher Bereich	144
aa) Bereichsspezifisches Recht und Subsidiarität des allgemeinen Datenschutzrechts	144
bb) „Deckungsgleichheit“	145
IV. Mitgliedstaatliche Vorbehaltsbereiche	145
V. Selbstregulierungsregelungen	146
§ 9. Räumlicher Anwendungsbereich. Datenschutzkollisionsrecht	148
I. Problemstellung des Internationalen Datenschutzrechts	148
II. Räumlicher Anwendungsbereich	148
1. Nicht: Unionsbürgerschaft	149
2. Niederlassung	149
3. Marktort	149
4. Erfolgte Drittlandübermittlung?	150
5. Diplomatische Vertretungen. Schiffe und Flugzeuge	150
III. Beschränkung grenzüberschreitender Datenübermittlung	151
1. Keine Beschränkungen innerhalb des Binnenmarkts	151
2. Keine Datenimportbeschränkungen	151
3. Datenexportbeschränkungen	151
a) Angemessenheitsentscheidung	152
b) Geeignete Garantien	153
c) Informationelle Amts- und Rechtshilfe. Registerauskunft ...	153
d) Situative Ausnahmen	154
4. Keine Datenlokalisierung	154
IV. Kollision von Datenschutzrechtsordnungen	154
V. Internationale Datenschutzharmonisierung	155
 2. Abschnitt. Rechtlich vorgegebene Grundstruktur für die Verarbeitung personenbezogener Informationen 	
§ 10. Betroffene. Personenbezogene Informationen	157
I. Einführung	157

II. Personenbezogene Informationen (Merkmale)	158
III. Mehrfacher bzw. eingeschränkter Personenbezug	160
1. Grundmodell	160
2. Gesteuerter Personenbezug	161
3. Sachdaten, Standort- und Geodaten	163
IV. Identifizierte oder identifizierbare Betroffene	164
1. Die Einzelnen im Fokus	164
2. Die Bedeutung des informationellen Umfelds	165
3. Zusatzwissen im rechtlichen Rahmen	166
4. Zusatzwissen Dritter	167
a) Relativer/absoluter Personenbezug	167
b) Dynamische IP-Adresse als personenbezogenes Datum?	168
5. Abstufung zwischen identifizierten und identifizierbaren Betroffenen	169
a) Pseudonymität	169
b) Eingeschränkte Anwendung datenschutzrechtlicher Bestimmungen gemäß Art. 11 DS-GVO	170
§ 11. Verantwortliche und andere mitwirkende Stellen	173
I. Verantwortlicher	173
II. Beschäftigte	174
III. Auftragsverarbeiter	174
1. Rechtliche Grundlagen	174
2. Anwendungen	176
IV. Gemeinsam Verantwortliche (Art. 26 DS-GVO)	177
1. Besondere Verarbeitungskonstellationen im Internet	179
2. Digitale Dienste, Nutzer und Betroffene	180
V. Unterstellte Person	181
VI. Dritte und Empfänger	182
§ 12. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung	183
I. Datenschutzrechtlicher Regelungsansatz in der DS-GVO	183
II. Informationsverarbeitung auf gesetzlicher Grundlage (Art. 6 Abs. 1 lit. b–f DS-GVO)	184
1. Vertragsrechtliche Beziehungen	184
2. Erfüllung von Rechtspflichten	185
3. Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben	186
4. Wahrung berechtigter Interessen Privater	187
5. Schutz lebenswichtiger Interessen	188
III. Erforderlichkeit/Verhältnismäßigkeit	189
1. Kausalzusammenhang?	189
2. Diskrepanzen der Interpretation	190
3. Erforderlichkeit/Verhältnismäßigkeit im (klassischen) Polizeirecht	192
4. Rechtsprechungspraxis	193
5. Typische Umsetzungen in der Praxis	197
IV. Zweckbindung	198
§ 13. Einwilligung und andere Willensäußerungen	201
I. Willensäußerungen im Datenschutzrecht	201

1. Rechtsnatur	202
a) Datenschutzrechtliche Einordnung	202
b) Zivilrechtliche Einordnung	202
aa) Mitgliedstaatliche oder europäische Rechtsgeschäftslehre?	202
bb) Willenserklärung oder Realakt?	203
c) Kein Grundrechtsverzicht	204
2. Begrifflichkeit	205
a) Legaldefinitionen, Gesetzesbegriffe und Lücken	205
b) Umfassende Nomenklatur	206
3. (Kommendes) Datenrecht?	207
II. Allgemeine Anforderungen an Willensäußerungen	207
1. Modi der Willensäußerung	207
2. Freiwilligkeit	209
a) Grenzen des willensäußerungsbasierten Konzepts	209
aa) Macht- und Wissensasymmetrien	210
bb) Rationale Apathie	211
cc) Individualität der Willensäußerung und soziale Aspekte von Datenverarbeitung	212
b) Asymmetrien und Abhängigkeitsverhältnisse	212
c) Kopplungsverbote	212
d) Einwilligungsverbot und Unbeachtlichkeit der Willensäußerung	214
3. Willensäußerungen von Minderjährigen und beschränkt Geschäftsfähigen	215
a) Allgemeine Einsichtsfähigkeit und typische Altersgrenzen	215
b) Datenschutzrechtliche Rechtsgeschäftsfähigkeit	216
4. Spezialgesetzliche Regelungen und mitgliedstaatliche Abweichungsmöglichkeiten	217
III. Datenschutzrechtliche Willenserklärungen	218
1. Teil eines Vertrags- oder anderen Rechtsverhältnisses	218
2. Einwilligung	219
a) Informiertheit und Transparenz	219
aa) Vorgehende Unterrichtung	219
bb) Vorgehende Belehrung	220
cc) Verständlichkeit und Zugänglichkeit	220
b) Bestimmtheit	220
c) Form	221
aa) Grundsatz der Formfreiheit	221
bb) Formvorgaben	222
(1) AGB	222
(2) Ausdrücklichkeit bei sensiblen und Gesundheitsdaten	223
(3) Ausdrücklichkeit bei automatisierten Einzelentscheidungen	223
(4) Schriftform bei Einwilligungen im Beschäftigungsverhältnis	223
cc) Nachweisbarkeit	223
d) Rechtswirkungen	223

aa) Konstitutiver Erlaubnistatbestand	223
bb) Zeitpunkt und Wirksamkeitsdauer	224
cc) Folgen ungenügender Einwilligung	224
3. Widerspruch	225
a) Transparenz als Voraussetzung	225
b) Bestimmtheit	225
c) Formfreiheit	226
d) Rechtswirkungen	226
4. Widerruf von Einwilligung und Widerspruch	227
a) Beschränkungen und Bedingungen	227
b) Informiertheit	228
c) Bestimmtheit	228
d) Formfreiheit	228
e) Rechtswirkungen	228
aa) Rückgriff auf gesetzliche Erlaubnisnormen	228
bb) Rückwirkung auf Vertragsverhältnisse	229
f) Verhältnis zur Anfechtung	229
5. Stellvertretung	229
a) Gewillkürte Vertretung	229
b) Gesetzliche Vertretung. Minderjährige	230
c) Einwilligungsmanagementsysteme	231
6. Genehmigung	231
7. Verzicht auf Betroffenenrechte	231
8. Verhältnis datenschutzrechtlicher Ansprüche zur Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts	232
IV. Bloße Willensäußerungen im Datenschutzrecht	233
1. Formfreiheit von Einverständnis und Einwand	233
2. Kenntnis des Verantwortlichen	233
3. Wegfall des Einverständnisses und des Einwands	233
4. „Vertretung“ und „Genehmigung“ bei Einverständnis und Einwand	233
§ 14. Datenklassen	235
I. Allgemein zugängliche Quellen	235
II. Äußerer Umgang/Kontakt einerseits und Inhalte andererseits	236
III. Wirtschafts- und Finanzinformationen	237
IV. Verarbeitung „besonderer Kategorien personenbezogener Daten“ (sensitive Information)	238
1. Normative Grundlagen	238
2. Rückschlussproblematik bei doppelfunktionalen Daten	238
V. Personenkennzeichen	240
§ 15. Informationspflichten und Betroffenenrechte	242
I. Informationsfluss vom Verantwortlichen zum Betroffenen	242
1. Regelmäßige Informationspflichten des Verantwortlichen	242
a) Die Pflichten im Einzelnen	242
b) Einschränkungen der Informationspflicht	244
aa) Fälle nachträglicher Zweckänderung	244
bb) Fälle der Erhebung nicht beim Betroffenen	244
(1) DS-GVO	244

(2) BDSG	245
cc) Übersicht	246
c) Data Breach Notification	246
d) Unübersichtliche Informationspflichten	246
2. Auskunftsrecht des Betroffenen	247
a) Grundlagen	247
b) Charakteristika der Auskunftspflicht	248
c) Einschränkungen des Rechts auf Auskunftserteilung	249
aa) DS-GVO	249
bb) BDSG	250
d) Modus der Auskunftserteilung	251
3. Datenportabilität	251
II. Interventionsrechte des Betroffenen	253
1. Berichtigung	253
2. Löschung	253
a) Systematik	253
b) Information an Dritte	254
3. Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung)	255
4. Unterlassungsansprüche	256
III. Verbraucherschutzrechte	257

3. Abschnitt. Steuerung riskanter Verfahren

§ 16. Automatisierte Einzelentscheidung. KI-Systeme	259
I. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall	260
1. Begriff	261
a) Automatisierte Verarbeitung	261
b) Ausschließlichkeit der automatisierten Verarbeitung	262
c) Rechtliche Wirkung und erhebliche Beeinträchtigung	263
2. Verbot der Automatisierten Entscheidung im Einzelfall	263
3. Ausnahmen vom Verbot der Automatisierten Einzelentscheidung	264
a) Tatbestand der Ausnahmen (Abs. 2)	264
b) Schutz der Rechte der betroffenen Personen (Abs. 3)	264
c) Ausschluss besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Abs. 4)	265
d) Einschränkung nach Art. 23 DS-GVO	266
4. Informationspflichten in Bezug auf die Automatisierte Einzelentscheidung	266
II. Profiling	267
1. Zulässigkeit des Profiling	268
2. Transparenz in Bezug auf das Profiling	269
3. Profiling zur Direktwerbung	270
III. Scoring	270
IV. Künstliche Intelligenz	272
1. Das Phänomen KI	272
2. Anforderungen der DS-GVO an KI-Systeme	273
a) Keine direkte KI-Regulierung in Art. 22 DS-GVO	273
b) Indirekte Regelungen in der DS-GVO	275
3. KI-Bezogene Regelungen außerhalb der DS-GVO	276

4. KI-bezogene Regelungen in europäischen Digitalrechts- akten	278
a) KI-Verordnung (KI-VO)	278
b) Digital Services Act	282
V. Virtual Reality und Metaversen	284

3. Teil. Datenschutzrecht nach DS-GVO

§ 17. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten, Datenschutz-Folgen- abschätzung, Vorherige Konsultation	285
I. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten (Art. 30 DS-GVO)	285
1. Überblick	286
2. Regelung in der DS-GVO	286
a) Verpflichtung zum Führen eines Verzeichnisses von Ver- arbeitungstätigkeiten	286
b) Gegenstand und Inhalt des Verzeichnisses	287
aa) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten des Verant- wortlichen	287
bb) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten des Auf- tragsverarbeiters	288
c) Form und Bereitstellung des Verzeichnisses	289
d) Befreiung vom Führen des Verzeichnisses	289
e) Sanktionierung eines Verstoßes	291
II. Datenschutz-Folgenabschätzung (Art. 35 DS-GVO)	291
1. Überblick	292
2. Regelung in der DS-GVO	293
a) Verpflichtung zur Datenschutz-Folgenabschätzung	293
b) Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgen- abschätzung	293
aa) Zweistufigkeit der Regelung in Art. 35 DS-GVO	294
bb) Gegenstand der Datenschutz-Folgenabschätzung	294
cc) Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgen- abschätzung	294
c) Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	296
d) Datenschutz-Folgenabschätzung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren	298
e) Verhaltensregelungen und Zertifizierungen	298
f) Übergangsregelung für die Datenschutz-Folgenabschät- zung	299
g) Sanktionierung eines Verstoßes	299
III. Vorherige Konsultation (Art. 36 DS-GVO)	299
1. Überblick	299
2. Regelung in der DS-GVO	300
a) Verpflichtung zur Vorherigen Konsultation	300
b) Voraussetzungen und Inhalt einer Vorherigen Konsultation	300
aa) Aufgabe des Verantwortlichen	301
bb) Aufgabe der Aufsichtsbehörde	302
c) Übergangsregelung für die Vorherige Konsultation	303
d) Sanktionierung eines Verstoßes	303

§ 18. Telekommunikation und Digitale Dienste	304
I. Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation (EK-DSRL)	305
II. Verhältnis der DS-GVO zur EK-DSRL und mitgliedstaatlichen Regelungen	307
1. Verhältnis der DS-GVO zur EK-DSRL	307
2. Verhältnis der DS-GVO zu mitgliedstaatlichen Datenschutz- bestimmungen	308
a) Datenschutzbestimmungen des TKG	308
b) Datenschutzbestimmungen des TDDDG	309
c) Haftungsprivilegierung nach Digital Services Act	312
III. Datenschutz nach dem TDDDG und dem TKG	312
1. Schutzbereich	313
a) Anwendungsbereich	313
b) Persönlicher Schutzbereich	313
2. Dienstespezifischer Anwendungsbereich	314
3. Verpflichteter Personenkreis	314
a) Diensteanbieter und geschäftsmäßiges Erbringen von Tele- kommunikationsdiensten	314
b) Abgrenzung zum Erbringen von Telekommunikations- diensten	315
c) Einordnung von OTT-Diensten	316
4. Inhalt der Verpflichtung und Rechtmäßigkeitstat- bestände	317
a) Informationspflichten	317
b) Einwilligung	318
c) Gesetzliche Rechtmäßigkeitstatbestände des TDDDG	318
aa) Bestandsdaten	318
bb) Verkehrs- und Nutzungsdaten	319
cc) Dienst mit Zusatznutzen und Standortdaten	320
dd) Einzelverbindungs nachweis	321
ee) Weitere spezifische Regelungen zu Telekommunikation und Digitalen Diensten	322
ff) Technische Schutzmaßnahmen und Daten- und Infor- mationssicherheit	323
5. Schutz des Fernmeldegeheimnisses	324
6. Telekommunikationsüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Quick Freeze	326
IV. Datenschutz bei Digitalen Diensten	326

4. Abschnitt. Datensicherheit. Technischer/organisatorischer Datenschutz

§ 19. Sicherheit der Verarbeitung	331
I. Überblick	332
II. Verpflichteter und Inhalt der Verpflichtung	333
1. Verpflichteter	333
2. Inhalt der Verpflichtung	334
a) Gegenstand der Bewertung	334
b) Pflicht zu technischen und organisatorischen Maßnahmen (Abs. 1)	335

c) Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit des Schutzniveaus (Abs. 2)	338
d) Verhaltensregeln und Zertifizierungen (Abs. 3)	339
e) Verpflichtung der Personen mit Zugang zu personenbezogenen Daten	339
f) Sicherheit der Verarbeitung nach DS-GVO und IT-Sicherheit	339
3. Datenschutz als Grenze der Sicherheit der Verarbeitung	340
III. Weitere Regelungen	341
1. Spezialregelungen für Telekommunikation und Digitale Dienste	341
2. Kritische Infrastrukturen	342
3. NIS-Richtlinie	343
4. CybersecurityVO	344
§ 20. Datenschutz durch Technikgestaltung und Voreinstellung	346
I. Regelungsadressat	347
II. Datenschutz durch Technikgestaltung (Data Protection by Design)	348
III. Datenschutzfreundliche Voreinstellung (Data Protection by Default)	349
IV. Genehmigte Zertifizierungsverfahren	350
V. Technisch-organisatorische Maßnahmen	350
VI. Vergaberecht	351
5. Abschnitt. Datenschutzkontrolle	
§ 21. Interne (Selbst-)Kontrolle. Insbes. Datenschutzbeauftragte	352
I. Betriebliche/behördliche Datenschutzbeauftragte	352
1. Benennung eines Datenschutzbeauftragten	353
a) Benennung eines Datenschutzbeauftragten nach Unionsrecht	354
aa) Behörden und öffentliche Stellen	354
bb) Benennungspflicht aufgrund der Kerntätigkeit	356
b) Benennung eines Datenschutzbeauftragten nach mitgliedstaatlichem Recht	358
c) Freiwillige Benennung eines Datenschutzbeauftragten	359
d) Qualifikation des Datenschutzbeauftragten	360
e) Modalitäten der Benennung eines Datenschutzbeauftragten	363
f) Sanktion der Nichtbenennung	364
2. Stellung des Datenschutzbeauftragten	364
a) Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten	365
b) Pflicht zur Unterstützung des Datenschutzbeauftragten	365
c) Weisungsfreiheit	366
d) Benachteiligungs- und Abberufungsverbot	367
e) Direkte Berichtslinie	367
f) Anrufungsrecht der betroffenen Person	368
g) Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit	368
h) Weitere Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	369
i) Verbot der Interessenkollision	369

3. Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	370
a) Unterrichtung und Beratung	371
b) Überwachung der Einhaltung des Datenschutzrechts	372
aa) Überwachungs- und Handlungssystem des Verantwortlichen	372
bb) Pflicht des Datenschutzbeauftragten	372
c) Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgen- abschätzung	373
d) Zusammenarbeit mit und Ansprechpartner der Aufsichts- behörde	374
e) Risikobasierter Ansatz	374
II. Datenschutz durch Mitarbeitervertretung	375
III. Hinweisgebung als Datenschutzinstrument	376
 § 22. Fremdkontrolle	378
I. Allgemeines	378
II. System der Datenschutzaufsicht	379
1. Allgemeine Datenschutzbehörden	379
a) Europäischer Datenschutzbeauftragter	379
b) Mitgliedstaatliche Datenschutzaufsichtsbehörden	380
aa) Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)	380
bb) Landesdatenschutzbeauftragte	380
2. Koordinierungsgremien und Netzwerke	380
a) Europäischer Datenschutzausschuss	381
b) Koordinierungsgremien bundesstaatlicher Datenschutzauf- sicht	381
aa) Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder	381
bb) Düsseldorfer Kreis	381
cc) Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss	382
3. Sektorielle Aufsicht	383
a) Medien	383
b) Kirchen und Religionsgemeinschaften	383
c) Berufsgeheimnissen unterliegende Bereiche	384
d) Gerichte	385
e) Parlamente und Staatsleitung	385
4. Europäische Kommission	385
5. „Konkurrierende“ Aufsichtsbehörden	386
6. Stiftung Datenschutz	387
III. Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden	388
1. Europarechtliches Territorialitätsprinzip	388
2. Innerstaatliche Zuständigkeitsabgrenzung von BfDI und Landesdatenschutzbehörden	388
IV. Stellung der Aufsichtsbehörden	389
1. „Völlige Unabhängigkeit“ der Aufsichtsbehörden	389
2. Ausstattung der Aufsichtsbehörde	390
a) Personelle Ausstattung	390
b) Sachliche Ausstattung	391
c) Finanzielle Ausstattung	391

3. Leitung der Aufsichtsbehörde	391
a) Persönliche und fachliche Anforderungen	391
b) Wahl und Ernennungsverfahren	392
c) Amtszeit	392
d) Verschwiegenheitspflicht	392
e) Aussageverweigerungsrecht	393
V. Handeln der Aufsichtsbehörde	393
1. Aufgaben der Aufsichtsbehörde	393
a) Klassische Aufsichtstätigkeit	393
b) Informationelle Aufgaben	394
aa) Hinweise an Betroffene, Verantwortliche und die Öffentlichkeit	394
bb) Tätigkeitsbericht	394
c) Beratende Aufgaben	394
d) Untersuchungen	395
e) Beobachtende Aufgabe	395
f) Beschwerdestelle	395
g) Datenschutzzertifizierung	395
h) Genehmigungen	395
i) Sonstige Aufgaben	395
j) Aufgaben nach JI-RL	396
2. Befugnisse der Aufsichtsbehörde	396
a) Untersuchungsbefugnisse	396
b) Abhilfebefugnisse	397
c) Genehmigungsbefugnisse	397
d) Beratende Befugnisse	398
e) Weitere Befugnisse	398
f) Befugnisse nach der JI-RL	398
g) Umsetzung in mitgliedstaatliches Recht	398
h) Ausübung der Befugnisse	399
VI. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	399
1. Formen der Zusammenarbeit	399
a) Kooperationsgebote und Amtshilfe	400
b) Kohärenzverfahren	401
c) Dringlichkeitsverfahren	402
2. Zusammenarbeit und Unabhängigkeit	404
3. Netzwerk und Legitimation	404
VII. Rechtsschutz gegen Aufsichtsbehörden	405
1. Vorgaben der DS-GVO und verwaltungsgerichtlicher Rechts- schutz	405
2. Staatshaftung	406
3. Entscheidungen des Europäischen Datenschutzausschusses	406

6. Abschnitt. Haftung, Sanktionen

§ 23. Haftung	407
I. Schadenersatz	408
1. Anwendbare Normen	408
a) Datenschutzrecht	408
b) Zivilrechtliche Haftung	409

aa) Vertragliche und vorvertragliche Ansprüche	409
bb) Deliktische Ansprüche	409
c) Öffentlich-rechtliche Haftungsansprüche	409
2. Anspruchsberechtigter	410
3. Anspruchsverpflichtete	410
4. Anspruchsvoraussetzungen	411
a) Rechtswidriges Handeln (Datenschutzverstoß)	411
b) Verschulden	411
c) Kausalität	412
d) Schaden	412
5. Modifikationen des Anspruchs	414
6. Schadenersatzhöhe	414
7. Beweislast	416
8. Keine Versicherungspflicht	417
9. Rechtsweg und Geltendmachung	417
10. Übertragbarkeit, Vererblichkeit	418
Exkurs: Bereicherungsausgleich	418
II. Verbandsklage	419
III. Wettbewerbliche Haftung	420
1. Lauterkeitsrecht	420
a) Anwendungsbereich des Wettbewerbsrechts	421
b) Datenschutzverstoß als Wettbewerbsverstoß	421
c) Geltendmachung/Rechtsfolgen	423
2. Datenschutzverstöße im Kartellrecht	424
§ 24. Sanktionen bei Datenschutzverstößen	426
I. Rechtstaatliche Grenzen des Datenschutzsanktions- recht	427
1. Verweisungstechnik	427
2. Unverständlichkeit	428
3. Fehlende Bestimmtheit	429
4. Folgen von Unionsrechtswidrigkeit oder Verfassungswidrig- keit	429
II. Datenschutzordnungswidrigkeiten	430
1. Bußgeldtatbestände	430
a) Verstoß gegen Pflichten der Verantwortlichen bzw. der Auftragsverarbeiter	430
b) Verstöße gegen Pflichten der Zertifizierungs- und Überwachungsstellen	431
c) Verstöße im Rahmen der konkreten Verarbeitung	432
d) Behinderung der Aufsichtsbehörden	432
e) Weitere Bußgeldtatbestände nach dem BDSG	432
2. Täter	432
3. Tatbegehungsformen	433
4. Bußgeldverfahren	434
5. Sanktionen	435
a) Verwarnungen	435
b) Bußgeld	436
aa) Höhe des Bußgelds	436
bb) Maßstäbe der Bußgeldbemessung	437

III. Datenschutzstraftaten	438
1. Strafnormen des allgemeinen Datenschutzrechts	439
2. Strafnormen im bereichsspezifischen Datenschutzrecht	440
3. Allgemeines Strafrecht	441
Sachverzeichnis	443





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG